

Volksstimme

Einzelpreis 500.000 M.

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Dienstag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Dautz, Magdeburg. — Verantwortlich für Anzeigen: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Ringstraße 3. — Fernsprechnummern: Für Anzeigen Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 981. — Postzustellung 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezugspreis: Woche vom 17. bis 23. September 2500.000 Mark, Abolter 2400.000 Mark.

Anzeigen-Grundpreise: Die 10gespaltene, 22 Millimeter breite Planparallelschrift 84 M., auswärts 108 M.; Familienanzeigen und Stellengesuche 42 M.; Vereinstafeln 96 M.; die dreigespaltene, 10 Millimeter breite Retikelschrift 420 M.; auswärts 540 M. Der Grundpreis wird vermindert mit der Spaltenzahl des Vereins der Deutschen Zeitungsverleger, jeweils 12.000. Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Plakatschriften keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 218.

Magdeburg, Mittwoch den 19. September 1923.

34. Jahrgang.

Entschlüsse fassen!

Die Reichsregierung hat am Sonnabend mit politisch wichtigen Besprechungen und Beratungen begonnen, die am Dienstag nachmittags fortgesetzt werden. Sie möge sich beeilen und nicht zögern mit Beschlüssen, die doch einmal gefaßt werden müssen. Der jetzige Zustand ist unerträglich und muß zu einem Nervenzusammenbruch führen, dessen Folgen viel schlimmer sind als die des Zusammenbruchs von 1918.

Die Nerven all der Menschen sind überlastet, die ihren Lebensunterhalt aus zugemessenen Rohiermarkbeträgen bestreiten müssen und nun seit Monaten Tag für Tag, Stunde für Stunde erleben, wie der Lohn, kaum ausgezahlt, sich zusehends verringert, ehe auch nur ein Gramm Ware erstanden ist. Ja, es ist heute so, daß Lohn und Gehalt zum großen Teile sich schon verflüchtigt haben, bevor die Scheine ausgezahlt worden sind oder ausgezahlt werden können. Unsere Papiergeldwirtschaft ist glatter Betrug an den Schaffenden und muß als solcher von jedem empfunden werden, der nichts anderes wie Papiergeld in die Hand bekommt.

Es wird geredet von der Notwendigkeit der Produktionssteigerung! Wie sieht es aber in den Betrieben aus? Alles Sinnen und Denken wird beherrscht von der einen Frage: wann gibt es wieder Geld und wie kann es so schnell wie möglich umgekehrt werden. Es ist unerträglich, daß oft große Verluste erleidet, wer Papiergeld nur einige Stunden in Besitz hält. Wo soll da die Lust zur Arbeit herkommen?

Und wie geht es den Hunderttausenden, die arbeitslos sind oder nur zwei oder drei Tage in der Woche arbeiten? Wer soll von dem Bruchteil eines Wochenlohns leben, wenn schon mit dem ganzen ein Auskommen unmöglich ist! Die Vorgänge in Sorau sind eine deutliche Warnung. Es ist müßig, zu erörtern, wer die „Schuld“ an dem Unglück trägt. 11 Tote, 16 Schwer- und 50 Leichtverwundete fielen in dem Städtchen, deren Arbeiterkraft wie in der ganzen Lausitz schwer unter den Konjunkturschwüngen zu leiden hat. Betriebe wurden stillgelegt, in andern seit Wochen verkürzt gearbeitet, so daß im Durchschnitt die Arbeiter nicht mehr als 9 bis 17 Millionen Mark, also noch lange nicht ein Pfund Margarine, pro Woche verdienen. Ist es ein Wunder, wenn dort die Nerven verloren gingen? Was in Sorau geschah, das ist die Folge des furchtbaren Druckes, der über dem ganzen unbefestigten Deutschland lastet. Wir erkennen nicht an, daß Erschrecken von Schutzpolizei Grund zur Entrüstung ist, wir entschuldigen nicht beleidigende und tödliche Angriffe auf Polizeibeamte, die ihre gerade jetzt sehr schwere Pflicht tun und denen es genau so dreißig geht, wie jedem Arbeiter. Aber gerade weil wir uns frei wissen von jedem Grünfoller, warnen wir vor den Leuten, die gegen alle Räte nur polizeiliche Mittel kennen. Wir halten in jedem Falle Menschenleben für kostbarer als ein paar Gemütsförbe.

Die Arbeiterchaft verlangt keine Wunder von der Regierung, sie verlangt nichts Unmögliches. Aber das Mögliche muß getan werden. Der Quell der augenblicklichen Not ist die Fortsetzung des passiven Widerstandes im besetzten Gebiet nach der Methode Cuno-Hermes-Selffersich. Mit dieser Methode muß und kann in allerfrühester Frist gebrochen werden, denn die Folgen einer Methodenänderung können bei weitem nicht so schlimme sein, als wenn auf der ganzen Linie ein Nervenzusammenbruch eintritt. Es geht heute den Beamten, Rentnern, dem Mittelstand, den kleinen Geschäftslenten, den Angeestellten und Arbeitern im unbefestigten Gebiet schlechter als denen im besetzten Gebiet, und zwar so schlecht, daß es nachgerade zu Explosionen kommen muß.

Es ist erfreulich, daß endlich die Angst vor der zweiten Dolchstoßlegende überwunden ist und dem Zentrumsmann Hirthfelder, dem preußischen Wohlfahrtsminister sei gedankt, daß er den Mut hatte, auf einer Delegiertenversammlung des Zentrums in Brandenburg auszusprechen, was ist:

Es hätte schon viel früher und aktiver auf eine vernünftige Liquidierung des Ruhrabenteuers hingearbeitet werden müssen. Es war ein großer Fehler der bis vor einem Monat verfolgten Politik, daß man geglaubt hat, England würde uns aus der Lage herausreißen. Solche Leichtgläubigkeit haben wir in führender Stellung gehabt. Das Hinziehen nach England hat uns in die jetzige Lage gebracht. Wir haben uns doch nicht ein, die ganze Welt habe nichts Besseres zu tun, als uns aus dem Ruhrabenteuer herauszufringen. ... Mer ist für uns heute das eine, daß der Ruhrabenteurer von uns nicht dauernd durchgehalten werden kann. Die großen unproduktiven Ausgaben des Reiches für dieses

Unternehmen sind der tiefste Grund für den Marksturz. Je weniger Illusionen wir uns in dieser Sache machen, um so besser. Wenn das Ruhrabenteuer kein gutes Ende hat, trägt die Bevölkerung, die Unmögliches geduldet hat, nicht die Schuld. ... Bleibt der Erfolg aus, dann liegt das daran, daß es sich um einen Versuch handelte, der unmöglich besser auslaufen konnte. Es ist nur bedauerlich, daß wir uns darüber nicht längst klar geworden sind und Schritte unternommen haben, um die Dinge in eine andre Bahn zu bringen. Diese Notwendigkeit erkennt uns jetzt auf den Nägeln. Alle Beamtenbesetzungsreformen und innerpolitischen Maßnahmen nützen nichts, solange wir nicht wieder eine geordnete Wirtschaft haben.

Die Reichsregierung zögere nicht länger, sie hüte sich, daß nicht auch von ihr die Geschichte sagt: sie wußte, was not tat, aber sie handelte zu spät. Es war Deutschlands Verhängnis, daß der blutige Kampf im Weltkrieg fortgesetzt wurde, als die Niederlage schon besiegelt war. Das gleiche Verhängnis darf nicht zum zweitenmal über uns hereindringen. —

Die bairischen Drohungen.

Aus München wird uns über die Bedeutung der Drohrede des bairischen Ministerpräsidenten geschrieben:

Die Bedeutung der Sonntagsrede des bairischen Ministerpräsidenten in Luntzenhausen liegt wohl in der Tatsache, daß nun von höchster bairischer Regierungsstelle offen und unzweideutig die Gefahr einer unmittelbar bevorstehenden „nationalen“ bairischen Aktion anerkannt ist. Außerordentlich bezeichnend ist dabei, daß heute — drei Monate nach dem Hochverratsprozeß Fuchs-Machhaus — nunmehr auch die bairischen Regierungskreise die Doktrin jener Hochverräter, die man damals mit so großer Eiferfertigkeit von den Hochhöhnern schüttelte, sich zu eigen gemacht haben: die Entwicklung im Reich dränge auf Ausbruch des Volksherrismus in Norddeutschland, und für den Fall wäre es die Pflicht Bayerns, die deutsche Sache zu verteidigen. Dem Herrn von Knilling und denjenigen, die ihn auf seinen Posten gestellt haben, ist es ohne weiteres zu glauben, daß sie die Augen offen halten und auf alle Eventualitäten vorbereitet sind. Was das bedeutet, ist auch zu erkennen aus den gewaltigen Anstrengungen, die von dieser Seite in den letzten Monaten gemacht wurden, um den Hitler-, Ludendorff- und Kapp-Bündeln eine Formation ähnlichen Charakters entgegenzustellen, die sich organisatorisch auf die „vaterländischen Vereine“ in ganz Bayern stützt. Die Hauptagitationsarbeit leistete dabei von Kahr, nachdem in diesem Frühjahr sein letzter Versuch, Ludendorff und seine Anhänger für die weißblaue Sache zu gewinnen, gescheitert ist.

Wer in den Gewässern der bairischen Politik der Vergangenheit und Gegenwart heimisch ist, findet im übrigen in der Rede Knillings keine Untiefe — mit einer einzigen Ausnahme. Diese tritt in dem Satz: „Den Gedanken einer Absonderung Bayerns vom Reich weist in Bayern jeder ernsthafte Politiker von sich.“ hervor. Nun weiß aber jeder ernsthafte Politiker in München, daß in den langwährenden Sitzungen der Bayerischen Volkspartei während der letzten Wochen gerade das Thema der eventuellen Absonderung Bayerns vom Reich, oder, besser gesagt, „von der Berliner Regierung“ eine Hauptrolle gespielt hat, und man weiß auch, daß bei dem entscheidenden Meinungsstreit gerade die radikalere Gruppe der Partei, in der junge Ministerial- und Reichsbeamte das Wort führen, den Sieg davongetragen hat. Sogar der politisch sonst besonnene Fraktionschef der Partei, der Geheimrat Geld, scheint der bereitetsten Ueberzeugung seiner urgermanischen Parteigenossen erlegen zu sein, denn nur so sind seine Worte zu erklären: „Der Zusammenbruch des Reiches ist fertig. Es ist nun Pflicht Bayerns, zu retten, was zu retten ist. Wir können nicht länger passiv bleiben, wir müssen aktiv werden!“

In einer dieser Sitzungen war auch ernsthaft die Rede von dem in der bairischen Phantasie seit langem kuckenden katholischen Rhein-Main-Donau-Staat. In diesem Zusammenhang gewinnt die Meldung der „Rheinischer Allgemeinen Zeitung“ vom 16. September Bedeutung, in der es heißt, daß von Bayern aus neuerdings Fühlungnahme mit Frankreich zur Aufrichtung eines Rhein-Donau-Staates gesucht wurde und daß bereits Verhandlungen eingeleitet sind wegen der Versorgung Bayerns mit englischer Kohle über Triest. Da der ehemalige Kronprinz Rupprecht es abgelehnt habe, König von

Frankreichs Gnaden zu werden, genau so, wie er es ablehnte, seinen Thron aus der Hand Ludendorffs zu empfangen, hätten dieselben bairischen Kreise an einen Verwandten der ehemaligen Kaiserin Zita von Österreich gedacht. Es soll sich dabei um einen derer von Parma handeln, die sich bereits während des Weltkriegs sehr eifrig in Paris betätigt haben. Diese Dinge werden im Zusammenhang mit Namen genannt, die in Bayern sehr wohl als „ernsthafte Politiker“ bekannt sind. Da nicht anzunehmen ist, daß dem Herrn von Knilling als bairischem Ministerpräsidenten und als hervorragendem Mitglied der Bayerischen Volkspartei das alles unbekannt ist, so ist der zitierte Satz seiner Rede in Luntzenhausen zum mindesten geeignet, lebhaften Zweifel und Mißverständnisse aufkommen zu lassen.

Und toller als der bairische Ministerpräsident behauptete von Kahr gegen alles, was links von den Deutschnationalen steht, vor allem gegen die Sozialdemokratie. Wörtlich führte er aus:

Wir müssen es offen betonen, fremdes Verbrechen gegen die Heimat hat es in der durch Entbehrung und Sorgen gemühten Heimat fertiggebracht, unsere tapferen, unbefestigten Armee in den Rücken zu fallen. Ein Leben in Schönheit und Würde wurde damals dem deutschen Volk von den Verführern besprochen und Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit wurde von ihnen verkündet. Aber wie tief hat unser Volk jenes Novemberverbrechen ins Elend und ins Verderben gestürzt. Das Reich von Weimar hat den größten Teil seines Nationalvermögens nutzlos an Frankreich hergegeben, eine schwebende Schuld von Tausenden Millionen angehäuft, so daß die die Substanz erfassende oder, richtig gesagt, marxistisch sozialisierende Arbeiter mit ihrem Gesamtvermögen von 150 Millionen nicht einmal hinreicht, auch nur für 2 Tage den Reichsbedarf zu decken.

So unverjämmt demagogisch redet ein hoher bairischer Regierungsbeamter! Die schwebende Schuld ist aufgehäuft worden durch die verbrecherisch leichtfertige Art, wie das Ruhrabenteuer finanziert worden ist und die fast einstimmig beschlossenen Notsteuern waren ein zu spät unternommener Versuch, die Katastrophe zu verhüten. Aber es hat ja keinen Sinn, gegen Leute zu polemisieren, die offenbar den Bürgerkrieg, die Rebellion gegen das Reich wollen, um sich den Pflichten zu entziehen, die das Reich auf sich nehmen muß. Es wird auch mit Kahr und Genossen abgerechnet werden!

Ganz in den Rahmen der Rebellenagitator, die in Bayern betrieben wird, paßt die Heße gegen — die Reichswehr und das Reichswehrministerium, offenbar ein Ausfluß der Wut darüber, daß die maßgebenden Reichswehrstellen auch in Bayern das weißblaue Treiben nicht mitmachen. Als Vorwand wird die Verabschiedung des Generals von Epp benutzt, und um auf das bairische Gemüt zu wirken, wird behauptet, Epp sei auf Verlangen von Eadassen kaltgestellt worden. Das Reichswehrministerium weist demgegenüber darauf hin, daß Epp verabschiedet wurde, weil er die Altersgrenze erreicht hat.

Im ganzen liegen die Dinge so, daß alle Ursache besteht, sich vor bairischen Ueberraschungen zu sichern. —

Auf halbem Wege.

Die neue Goldnote soll, wie der Kanzler am Mittwochabend in seiner Ansprache an die Presse ausgeführt hat, die Mark als Zahlungsmittel nicht verdrängen, sondern diese soll nach erfolgter Stabilisierung neben den Noten der neuen Goldbank weiterbestehen. Wir hätten es somit in Deutschland dann mit einer Parallelwährung mit allen ihren Schwächen zu tun. Es fragt sich, ob sich diese Regelung behaupten kann. Wir möchten das bezweifeln! Borerst würde eine solche Regelung nur die Bevölkerung teilen. Die neuen Goldnoten würden zuerst in die Kreise gelangen, die, im Besitz der überaus guten Ante dieses Jahres, die größten Warenbesitzer in Deutschland überhaupt sind. Heute tauscht man schon Getreide gegen Goldanteile. Aus der Landwirtschaft würden diese Goldnoten nur zum Teil an gewisse Handelszweige und an die Finanzämter abfließen. Es gäbe dann also in Deutschland einen Bevölkerungsteil, der auf Grund seiner ökonomischen Ueberlegenheit über Goldnoten verfügt, während der andre, der größere Teil an die Papiermark gebunden ist.

Erfahrungsgemäß greift aber die Bevölkerung nach dem besten Gelde. Heute will man überall Devisen und keine Papiermark. Gegenüber der Papiermark ist die neue Goldnote das bessere Geld. Sie basiert auf Gold, Devisen

Volksstimme

Einzelpreis 500000 M.

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Montag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Gesamtverantwortlich für Inserate: Wilhelm Einbau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummern: Für Inserate Nr. 1587, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Verkaufspreis: Woche vom 17. bis 23. September 2500000 Mark, Abnehmer 2400000 Mark.

Anzeigen-Grundpreise: Die Wespaltzeile, 27 Millimeter breite Nonpareilzeile 84 M., auswärts 108 M.; Familienanzeigen und Stellenangebote 42 M.; Vereinsanzeigen 96 M.; die Dreispaltzeile, 90 Millimeter breite Kettelzeile 420 M.; auswärts 540 M. Der Grundpreis wird vervielfacht mit der Schließzahl des Vereins der Deutschen Zeitungsverleger, zurzeit 12000. Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 8 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Druckvorschriften keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 127 Magdeburg.

Nr. 218.

Magdeburg, Mittwoch den 19. September 1923.

34. Jahrgang.

Entschlüsse fassen!

Die Reichsregierung hat am Sonnabend mit politisch wichtigen Besprechungen und Beratungen begonnen, die am Dienstag nachmittags fortgesetzt werden. Sie möge sich beeilen und nicht zögern mit Beschlüssen, die doch einmal gefaßt werden müssen. Der jetzige Zustand ist unerträglich und muß zu einem Nervenzusammenbruch führen, dessen Folgen viel schlimmer sind als die des Zusammenbruchs von 1918.

Die Nerben all der Menschen sind überlastet, die ihren Lebensunterhalt aus zugemessenen Papiermarkbeträgen bestreiten müssen und nun seit Monaten Tag für Tag, Stunde für Stunde erleben, wie der Lohn, kaum ausgezahlt, sich zusehends verringert, ehe auch nur ein Gramm Ware erstanden ist. Ja, es ist heute so, daß Lohn und Gehalt zum großen Teile sich schon verflüchtigt haben, bevor die Scheine ausgezahlt worden sind oder ausgezahlt werden können. Unsere Papiergeldwirtschaft ist glatter Betrug an den Schaffenden und muß als solcher von jedem empfunden werden, der nichts anderes wie Papiergeld in die Hand bekommt.

Es wird geredet von der Notwendigkeit der Produktionssteigerung! Wie sieht es aber in den Betrieben aus? Alles Sinnen und Denken wird beherrscht von der einen Frage: wann gibt es wieder Geld und wie kann es so schnell wie möglich umgefäßt werden. Es ist unerträglich, daß oft große Verluste erleidet, wer Papiergeld nur einige Stunden in Besitz hält. Wo soll da die Lust zur Arbeit herkommen?

Und wie geht es den Hunderttausenden, die arbeitslos sind oder nur zwei oder drei Tage in der Woche arbeiten? Wer soll von dem Bruchteil eines Wochenlohns leben, wenn schon mit dem ganzen ein Auskommen unmöglich ist! Die Vorgänge in Sorau sind eine deutliche Warnung. Es ist müßig, zu erörtern, wer die „Schuld“ an dem Unglück trägt. 11 Tote, 16 Schwer- und 50 Leichtverwundete fielen in dem Städtchen, deren Arbeiterkassette wie in der ganzen Lausitz schwer unter den Konjunkturschlägen zu leiden hat. Betriebe wurden stillgelegt, in andern seit Wochen verflücht gearbeitet, so daß im Durchschnitt die Arbeiter nicht mehr als 9 bis 17 Millionen Mark, also noch lange nicht ein Pfund Margarine, pro Woche verdienen. Ist es ein Wunder, wenn dort die Nerben verloren gingen? Was in Sorau geschah, das ist die Folge des furchtbaren Druckes, der über dem ganzen unbesetzten Deutschland lastet. Wir erkennen nicht an, daß Erschienen von Schutzpolizei Grund zur Enttäuschung ist, wir entschuldigen nicht beleidigende und fälschliche Angriffe auf Polizeibeamte, die ihre gerade jetzt sehr schwere Pflicht tun und denen es genau so dreißig geht, wie jedem Arbeiter. Aber gerade weil wir uns frei wissen von jedem Grünkoller, warnen wir vor den Leuten, die gegen alle Rote nur politische Mittel kennen. Wir halten in jedem Falle Menschenleben für kostbarer als ein paar Gemüsekörbe.

Die Arbeiterkassette verlangt keine Wunder von der Regierung, sie verlangt nichts Unmögliches. Aber das Mögliche muß getan werden. Der Quell der augenblicklichen Not ist die Fortsetzung des passiven Widerstandes im besetzten Gebiet nach der Methode Cuno-Hermes-Gelferich. Mit dieser Methode muß und kann in aller kürzester Frist gebrochen werden, denn die Folgen einer Methodenänderung können bei weitem nicht so schlimme sein, als wenn auf der ganzen Linie ein Nervenzusammenbruch eintritt. Es geht heute den Beamten, Rentnern, dem Mittelstand, den kleinen Geschäftsleuten, den Angestellten und Arbeitern im unbesetzten Gebiet schlechter als denen im besetzten Gebiet, und zwar so schlecht, daß es nachgerade zu Explosionen kommen muß.

Es ist erfreulich, daß endlich die Angst vor der zweiten Dolchstoßlegende überwunden ist und dem Zentrumsmann Girtzinger, dem preußischen Wohlfahrtsminister sei gedankt, daß er den Mut hatte, auf einer Delegiertenversammlung des Zentrums in Brandenburg auszusprechen, was ist:

Es hätte schon viel früher und aktiver auf eine vernünftige Liquidierung des Ruhrabenteuers hingearbeitet werden müssen. Es war ein großer Fehler der bis vor einem Monat verfolgten Politik, daß man geglaubt hat, England würde uns aus der Lage herausreißen. Solche Leichtgläubigkeit haben wir in führender Stellung gehabt. Das Hinziehen nach England hat uns in die jetzige Lage gebracht. Wären wir uns doch nicht ein, die ganze Welt habe nichts Besseres zu tun, als uns aus dem Ruhrabenteuer herauszuwickeln. ... Wer ist für uns heute das eine, daß der Ruhrabenteuer von uns nicht dauernd durchgehalten werden kann. Die großen unproduktiven Ausgaben des Reiches für dieses

Unternehmen sind der tiefste Grund für den Marktzug. Je weniger Illusionen wir uns in dieser Sache machen, um so besser. Wenn das Ruhrabenteuer kein gutes Ende hat, trägt die Bevölkerung, die Unmögliches geduldet hat, nicht die Schuld. ... Bleibt der Erfolg aus, dann liegt das daran, daß es sich um einen Versuch handelte, der unmöglich besser auslaufen konnte. Es ist nur bedauerlich, daß wir uns darüber nicht längst klar geworden sind und Schritte unternommen haben, um die Dinge in eine andre Bahn zu bringen. Diese Notwendigkeit drängt uns jetzt auf den Magen. Alle Beamtenbesetzungsreformen und innerpolitischen Maßnahmen nützen nichts, solange wir nicht wieder eine geordnete Wirtschaft haben.

Die Reichsregierung zögere nicht länger, sie hüte sich, daß nicht auch von ihr die Geschichte sagt: sie mußte, was not tat, aber sie handelte zu spät. Es war Deutschlands Verhängnis, daß der blutige Kampf im Weltkrieg fortgesetzt wurde, als die Niederlage schon besiegelt war. Das gleiche Verhängnis darf nicht zum zweitenmal über uns hereindringen. —

Die bairischen Drohungen.

Aus München wird uns über die Bedeutung der Drohrede des bairischen Ministerpräsidenten geschrieben:

Die Bedeutung der Sonntagsrede des bairischen Ministerpräsidenten in Lützenhausen liegt wohl in der Tatsache, daß nun von höchster bairischer Regierungstelle offen und unzweideutig die Gefahr einer unmittelbar bevorstehenden „nationalen“ bairischen Aktion anerkannt ist. Außerordentlich bezeichnend ist dabei, daß heute — drei Monate nach dem Hochverratsprozeß Fuchs-Machhaus — nunmehr auch die bairischen Regierungskreise die Doktrin jener Hochverräter, die man damals mit so großer Eilfertigkeit von den Hochschözen schüttelte, sich zu eigen gemacht haben: die Entwicklung im Reiche dränge auf Ausbruch des Bolschewismus in Norddeutschland, und für den Fall wäre es die Pflicht Bayerns, die deutsche Sache zu verteidigen. Dem Herrn von Knilling und denjenigen, die ihn auf seinem Posten gestellt haben, ist es ohne weiteres zu glauben, daß sie die Augen offen halten und auf alle Eventualitäten vorbereitet sind. Was das bedeutet, ist auch zu erkennen aus den gewaltigen Anstrengungen, die von dieser Seite in den letzten Monaten gemacht wurden, um den Sittler, Ludendorff- und Kapp-Bündeln eine Formation ähnlichen Charakters entgegenzustellen, die sich organisatorisch auf die „vaterländischen Vereine“ in ganz Bayern stützt. Die Hauptagitationsarbeit leistete dabei von Kahr, nachdem in diesem Frühjahr sein letzter Versuch, Ludendorff und seine Anhänger für die weißblaue Sache zu gewinnen, fehlgeschlagen ist.

Wer in den Gewässern der bairischen Politik der Vergangenheit und Gegenwart heimisch ist, findet im übrigen in der Rede Knillings keine Untiefe — mit einer einzigen Ausnahme. Diese tritt in dem Satz: „Den Gedanken einer Absonderung Bayerns vom Reiche weist in Bayern jeder ernsthafte Politiker von sich.“ hervor. Nun weiß aber jeder ernsthafte Politiker in München, daß in den langwährenden Sitzungen der Bayerischen Volkspartei während der letzten Wochen gerade das Thema der eventuellen Absonderung Bayerns vom Reiche, oder, besser gesagt, „von der Berliner Regierung“ eine Hauptrolle gespielt hat, und man weiß auch, daß bei dem entscheidenden Meinungsstreit gerade die radikalere Gruppe der Partei, in der junge Ministerial- und Reichsbeamte das Wort führen, den Sieg davongetragen hat. Sogar der politisch sonst besonnene Fraktionschef der Partei, der Geheimrat Feld, scheint der bereiten Ueberzeugung seiner urgermanischen Parteigenossen erlegen zu sein, denn nur so sind seine Worte zu erklären: „Der Zusammenbruch des Reiches ist fertig. Es ist nun Pflicht Bayerns, zu retten, was zu retten ist. Wir können nicht länger passiv bleiben, wir müssen aktiv werden!“

In einer dieser Sitzungen war auch ernsthaft die Rede von dem in der bairischen Phantasie seit langem hinführenden fiktionalen Rhein-Main-Donau-Staat. In diesem Zusammenhang gewinnt die Meldung der „Münchener Allgemeinen Zeitung“ vom 16. September Bedeutung, in der es heißt, daß von Bayern aus neuerdings Fühlungnahme mit Frankreich zur Aufrichtung eines Rhein-Donau-Staates gesucht wurde und daß bereits Verhandlungen eingeleitet sind wegen der Versorgung Bayerns mit englischer Kohle über Triest. Da der ehemalige Kronprinz Rupprecht es abgelehnt habe, König von

Frankreichs Gnaden zu werden, genau so, wie er es ablehnte, seinen Thron aus der Hand Ludendorffs zu empfangen, hätten dieselben bairischen Kreise an einen Verwandten der ehemaligen Kaiserin Zita von Oesterreich gedacht. Es soll sich dabei um einen derer von Parma handeln, die sich bereits während des Weltkriegs sehr eifrig in Paris betätigt haben. Diese Dinge werden im Zusammenhang mit Namen genannt, die in Bayern sehr wohl als „ernsthafte Politiker“ bekannt sind. Da nicht anzunehmen ist, daß dem Herrn von Knilling als bairischem Ministerpräsidenten und als hervorragendem Mitglied der Bayerischen Volkspartei das alles unbekannt ist, so ist der zitierte Satz seiner Rede in Lützenhausen zum mindesten geeignet, lebhaften Zweifel und Mißverständnisse aufkommen zu lassen.

Und toller als der bairische Ministerpräsident bestet von Kahr gegen alles, was links von den Deutschnationalen steht, vor allem gegen die Sozialdemokratie. Wörtlich führte er aus:

Wir müssen es offen betonen, fremdes Verbrechen geindegel hat es in der durch Entbehrung und Sorgen zermürbten Heimat fertiggebracht, unsrer tapfern, unbesetzten Armee in den Rücken zu fallen. Ein Leben in Schönheit und Würde wurde damals dem deutschen Volke von den Verführern versprochen und Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit wurde von ihnen verkündet. Aber wie tief hat unser Volk jenes Novemberverbrechen ins Elend und ins Verderben gestürzt. Das Reich von Weimar hat den größten Teil seines Nationalvermögens nutzlos an Frankreich vergeblich, eine schwebende Schuld von Tausenden Millionen angehäuft, so daß die die Substanz erfassende oder, richtig gesagt, marxistisch sozialisierende Koffener mit ihrem Gesamtvermögen von 150 Millionen nicht einmal hinreicht, auch nur für 2 Tage den Reichsbedarf zu decken.

So unverschämte demagogisch redet ein hoher bairischer Regierungsbeamter! Die schwebende Schuld ist aufgehäuft worden durch die verbrecherisch leichtfertige Art, wie das Ruhrabenteuer finanziert worden ist und die fast einstimmig beschlossenen Notsteuern waren ein zu spät unternommener Versuch, die Katastrophe zu verhüten. Aber es hat ja keinen Sinn, gegen Leute zu polemisieren, die offenbar den Bürgerkrieg, die Rebellion gegen das Reich wollen, um sich den Pflichten zu entziehen, die das Reich auf sich nehmen muß. Es wird auch mit Kahr und Genossen abgerechnet werden!

Ganz in den Rahmen der Rebellenagitacion, die in Bayern betrieben wird, paßt die Heße gegen — die Reichswehr und das Reichswehrministerium, offenbar ein Ausfluß der Mut darüber, daß die maßgebenden Reichswehrstellen auch in Bayern das weißblaue Treiben nicht mitmachen. Als Vorwand wird die Verabschiedung des Generals von Epp benutzt, und um auf das bairische Gemüt zu wirken, wird behauptet, Epp sei auf Verlangen von Sachsen kaltgestellt worden. Das Reichswehrministerium weist demgegenüber darauf hin, daß Epp verabschiedet wurde, weil er die Altersgrenze erreicht hat.

Im ganzen liegen die Dinge so, daß alle Ursache besteht, sich vor bairischen Ueberraschungen zu sichern. —

Auf halbem Wege.

Die neue Goldnote soll, wie der Kanzler am Mittwoch abend in seiner Ansprache an die Presse ausgeführt hat, die Mark als Zahlungsmittel nicht verdrängen, sondern diese soll nach erfolgter Stabilisierung neben den Noten der neuen Goldbank weiterbestehen. Wir hätten es somit in Deutschland dann mit einer Parallelwährung mit allen ihren Schwächen zu tun. Es fragt sich, ob sich diese Regelung behaupten kann. Wir möchten das bezweifeln! Borerst würde eine solche Regelung nur die Bevölkerung leiden. Die neuen Goldnoten würden zuerst in die Kreise gelangen, die, im Besitz der überaus guten Ente dieses Jahres, die größten Warenbesitzer in Deutschland überhaupt sind. Heute tauscht man schon Getreide gegen Goldanleihe. Aus der Landwirtschaft würden diese Goldnoten nur zum Teil an gewisse Handelszweige und an die Finanzämter abfließen. Es gäbe dann also in Deutschland einen Bevölkerungskreis, der auf Grund seiner ökonomischen Ueberlegenheit über Goldnoten verfügt, während der andre, der größte Teil an die Papiermark gebunden ist.

Erfahrungsgemäß greift aber die Bevölkerung nach dem beßern Gelde. Heute will man überall Devisen und keine Papiermark. Gegenüber der Papiermark ist die neue Goldnote das bessere Geld. Sie basiert auf Gold, Devisen

und guten Kaufmannswesels. Sie ist sofort einlösbar. Unmittelbar kann man die Umweisungen des neuen Goldinstituts in „richtiges“ Geld umtauschen. Dieser Umstand macht schließlich die Stabilität eines Zahlungsmittels aus. Der Kurswert hängt von guter Leht von dem Grade der Einlösbarkeit ab. Selbst wenn man für absehbare Zeit den Umtausch von Papiermark in die Goldnote garantiert, beide in ein bestimmtes Verhältnis bringt, würde man u. E. nicht verhindern können, daß auch der Kleinverkehr mit Goldnoten rechnet, wenn es der Großverkehr tut. Man wird in Goldnoten rechnen, wie man heute ja schon fast ausschließlich im Kleinhandel nach Goldmark rechnet und mit in- und ausländischen Werten bezahlt. Die Papiermark wäre dann das minderwertige Geld. Man würde sie nur ungern oder nur mit einem Aufgeld in Zahlung nehmen. So wäre die Stabilität, für die die Goldnote auf den ersten Blick alle Möglichkeit bietet, nur von kurzer Dauer. Die Mark müsste ins Unendliche fallen.

So wird der Wirtschaft, vor allen Dingen den Konsumumenten, die von einer Währungsreform eine Sanierung der gegenwärtigen Verhältnisse erwarten, nicht geholfen. Der Zustand der Unsicherheit würde bleiben. Das Papier wird weiter die Produktion erstickt und die halbe Reform auf dem Währungsgebiet vermag die Warenkrise nicht zu bannen. Schwankt heute die Papiermark nach dem Stande des Dollars und des Pfundes, so wird die Schwankung — und daraus resultieren die Gefahren des Wechselkurses — sich nach der Goldnote richten.

Wie sehr wir auch die Argumente, die gegen den völligen Uebergang zur Goldwährung sprechen, würdigen, so sehr erachten wir es für ein Übel, die zu schaffende Goldnote auf den Großhandelsverkehr, auf einen Teil der Bevölkerung beschränken zu wollen. Die Inflation der Nachkriegszeit hat die Kaufkraft der Bevölkerung reduziert. Deshalb die Abschaffung, die Stilllegungen, die vermehrte Arbeitslosigkeit, Dinge, die wieder eine Quelle der Markverwässerung bilden. Die Kaufkraft aber präsentiert sich in den Millionen von Gehalts- und Lohnempfängern. Können sie kaufen, dann bewegt sich die Wäre und dann erst ist die Kontinuität, die fortwährende ununterbrochene Produktion garantiert. Gibt man aber dieser Bevölkerung schlechte Mark in die Hand, die nach allem, wie die Dinge liegen, nicht stabilisiert werden kann, so würde die einseitige Goldwährung eine unvollkommene Maßnahme bleiben, die vor allen Dingen ihre heilsame Wirkung auf die Wirtschaft nicht ausüben könnte.

Gegen die Steuerabotage.

Mit den Unterschriften des Reichspräsidenten, des Reichslankers und des Reichsministers des Innern ist auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung folgende **Verordnung** gegen die Steuerabotage erlassen worden:

§ 1. Wer öffentlich oder in einer Versammlung oder durch Verbreitung von Schriften oder andern Darstellungen dazu anreizt oder anreizt, einer Steuerpflicht oder der öffentlich-rechtlichen Verpflichtung zur Leistung von Geld oder Geldeswert an das Reich, die Länder oder Gemeinden (Gemeindeverbände) nicht zu genügen oder die Durchführung der Vorschriften über diese Pflichten auf andere Weise zu hindern, wird, sofern nicht eine schwerere Strafe bemittelt ist, mit Gefängnis nicht unter 1 Monat und mit Geldstrafe bestraft. Das Höchstmaß der Geldstrafe ist unbeschränkt.

§ 2. Wer öffentlich oder in einer Versammlung oder durch Verbreitung von Schriften oder andern Darstellungen zur Zurückhaltung von Lebens- oder Futtermitteln, die zur Versorgung oder Weiterverarbeitung bestimmt sind, auffordert oder anreizt, wird, sofern nicht eine

schwerere Strafe bemittelt ist, mit Gefängnis nicht unter 1 Monat und mit Geldstrafe bestraft; das Höchstmaß der Geldstrafe ist unbeschränkt. Als Lebens- oder Futtermittel gelten auch Erzeugnisse, aus denen Lebens- oder Futtermittel hergestellt werden.

§ 3. In den Fällen der §§ 1 und 2 kann neben der Strafe auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Ferner ist anzuordnen, daß die Verurteilung auf Kosten der Schuldigen öffentlich bekanntzumachen ist. Die Bekanntmachung kann auch durch öffentlichen Anschlag erfolgen. Die Vorschriften des § 28 Abs. 3 und 4 der Preistreibeordnung vom 18. Juli 1923 gelten entsprechend.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Diese Verordnung ist durchaus geeignet, die öffentliche Agitation für Steuerabotage und Lieferstreik zu brechen, wenn sich Gerichte finden, die rücksichtslos Geldstrafen verhängen, die einer Vermögenskonfiskation gleichkommen. Die Steuerabotage und Steuerhinterziehung selbst wird mit der Bedrohung der öffentlichen Propagierung allerdings noch nicht beseitigt. Das wird erst der Fall sein, wenn Steuerhinterziehung und Zurückhaltung von Lebensmitteln unter die gleichen Strafen gestellt werden, was aber billigerweise erst geschehen kann, wenn die angeführten Goldnoten bzw. die Roggenmark gehandelt werden.

Die Korruption bei der Ruhrhilfe.

Erst allmählich fidern in der Presse die Einzelheiten der ungeheuerlichen Korruptionswirtschaft bei der Ruhrhilfe durch, gegen die sich Silberding in seiner Rede im Reichswirtschaftsrat gewandt hat. Das Zentrumblatt in Paderborn, das „Westfälische Volksblatt“, schreibt darüber:

Mit der Ruhrhilfe wurde umgegangen, als wenn das Deutsche Reich über ungeheure Einnahmequellen und unerschöpfliche Geldsäcke verfügte. Wirtschaftlichen Kreisen im Ruhrgebiet, die anfangs nicht daran dachten, Geldunterstützungen des Reiches in Anspruch zu nehmen, wurden die Beihilfen förmlich aufgedrängt, und daraus erwuchs nach kurzer Zeit ein heillosen Zustand: man hatte herausgefunden, daß es sich mit diesen Beihilfen großartig spekulieren ließ, und von dem Augenblick an begann ein struppelloses Rennen nach der Ruhrhilfe nicht der Ruhrhilfe, die aus freiwilligen Beiträgen aufgebracht und nach Weisungsmitteln der Reichsregierung ordnungsmäßig verteilt worden ist. Es wurden bald nicht nur tatsächliche Schäden gemeldet, sondern auch vorgetäuscht. Das führte auf die Reichsfinanzen um so verheerender, als mit der Zeit auch die Summe der tatsächlichen Schäden erschreckend hoch wurde. Die Gewissenlosigkeit und Unmoral nahm so rapid überhand, daß schon wenige Monate nach dem Ruhrereignis die Kenntnis von den Raufen und Pfiffen, die man anzuwenden hatte, um mühelos zu großen Geldsummen zu kommen, in die besten Kreise der Bevölkerung war und nachgerade jeder für einen ausgemachten Spiel galt, der es nicht verstand, seine Taschen zu füllen. Die einen taten es ohne Bewußtsein, den Staat in der schmutzigsten Weise zu betrügen, die anderen taten es mit Bewußtsein. Wenn einmal die Akten geöffnet werden über die Vorgänge, die zur Erlangung von hohen Summen aus der Ruhrhilfe geltend gemacht wurden, dann wird viele anständigen Menschen der Ekel anfallen.

Es ist anzuerkennen, daß nun auch in der bürgerlichen Presse gegen die Korruption im Ruhrgebiet Front gemacht wird. Es genügt aber nicht, daß man sich nun gegen die Schuldigen moralisch entrüstet. Gefordert muß werden, daß mit dieser übeln Erblichkeit Cunos sofort Schluß gemacht und gegen die Schuldigen mit aller Strenge vorgegangen wird. Das nötige Aktenmaterial dürfte wohl in ausreichbarem Maße vorhanden sein. Es kann also schon jetzt zugegriffen werden.

Der Dank des Vaterlandes.

Niemand hat in hochtönenderen Phrasen vom Danke des Vaterlandes für die Opfer des Krieges gesprochen als unsere Deutschnationalen, denen Opfer gar nicht genug fallen konnten, die auch jetzt wieder falthertzig Hunderttausende Blüten lassen möchten, um nicht zahlen zu brauchen. Wie es praktisch mit der deutschnationalen Führung für die Opfer des Krieges aussieht, was die Kriegsbeschädigten zu erwarten haben, wenn eine „nationale“ Regierung zur Herrschaft kommt, das wird in deutschnationalen „Tag“, dem Hausorgan des Schwerindustriellen Eugen Berg, in aller Offenheit ausgesprochen:

Die Regierung wird wahrscheinlich in den nächsten Tagen aus wirtschaftlichen Kreisen verschiedene Anträge erhalten, in denen die sofortige und vollständige Aufhebung der Außenhandelskontrolle und ebenso die Aufhebung der Demobilisationsverordnungen mit den Maßnahmen für schwerverletzte Kriegsbeschädigte gefordert werden wird. Maßgebend dabei ist der berechnete Gedanke, daß an sich nur durch Steigerung der Arbeitsintensität und durch Steigerung der Ausfuhr diejenigen Devisen beschafft werden können, die zur Sicherung der Ernährung und auch zur Sicherung der Währung notwendig sind.

Die Schwerekriegsbeschädigten sollen also rücksichtslos aufs Pflaster geworfen werden können! So wirkt sich der „Frontgeist“ aus, den die Schwerindustriellen in den reaktionären Organisationen organisiert und finanzieren, um sich ein Machtmittel zur Zerstörung der Arbeiterorganisationen zu schaffen. Was sagen die Frontkämpfer, die in den „nationalen“ Verbänden sind, zu der Art, wie die „nationalen“ Führer die Schwerekriegsbeschädigten behandeln wollen? —

Goldwährung für alle!

Der Vorstand des Afa-Bundes und des Allgemeinen deutschen Beamtenbundes beschäftigten sich am Donnerstag mit der Währungsfrage. Sie faßten folgenden Beschluß:

„Die drohende Auflösung der deutschen Wirtschaft und die damit verbundene völlige Verelendung der arbeitenden Volksschichten macht es dringend erforderlich, zunächst dem Währungsversfall Einhalt zu gebieten. Ohne die Stilllegung der Notendruckerei ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Voraussetzung dafür ist die baldige Wiederaufnahme der Produktion im besetzten Gebiet und der Ausgleich des Reichshaushalts.“

Soll die neue Währung ohne nicht wieder dem Schicksal der Papiermark verfallen, so darf sie nicht dazu benutzt werden, das Defizit des Reiches zu decken, vielmehr bedarf das Reich zur Deckung seiner Ausgaben ausreichender wirklicher werblich-tätiger Besitztümer, wobei auch auf die sofortige Erhebung einer einmaligen umfassenden Vermögensabgabe nicht verzichtet werden kann.

Die neue Reichswährung ist durch den Goldbestand der Reichsbank sowie die vom Reich aus der Wirtschaft zu erfassenden Devisen und Sachwerte zu fundieren. Die bekannt gewordenen Pläne der Reichsregierung über die Schaffung einer Privatnotenbank müssen zu lebhaften Bedenken Anlaß geben, da eine auf privater Grundlage geschaffene Währung ohne jede Verbindung mit der heutigen Papiermark sein wird. Die Entwertung der Papiermark würde in noch schnellerem Tempo als bisher weitergehen und erneut diejenigen Bevölkerungsschichten aufs schwerste belasten, die auch dann ihr Arbeitseinkommen noch in Papiermark beziehen würden.

Es muß deshalb entschieden abgelehnt werden, einseitig für bestimmte Erwerbsgruppen eine neue Währung zu schaffen. Sie muß planmäßig für alle Volksteile eingeführt werden, und als neues gesetzliches Zahlungsmittel zur Ablösung der bisherigen Papiermark führen. Das Privileg zur Herausgabe von Noten muß als ein Hoheitsrecht des Staates unangetastet bleiben.“ —

Kleines Feuilleton.

Filmshow.

Es wäre keineswegs zu verwundern, wenn Italien, das die letzten zwölf Jahren mit seinen größten Majestäten hervorgegangen ist — man erinnert sich wohl noch an „Cavaliere“ —, sich seine alte Stellung wiedererwerben, ja sogar bedeutend erweitern würde. Die wichtigste Antriebskraft seit dem Krieg, der den alten Bezugspunkt, die das Glück haben, in jenen „geliebten Land“ reisen zu dürfen, mußte das auch der Filmindustrie zugute kommen; Oberitalien mit seinen ungeheuren Reichtümern wäre das natürliche Stützpunkt für die dazu benötigte Leistung — die Beschäftigungslage ist bei dieser Gelegenheit für diesen Industriezweig —, und Italien hat die besten Schauspieler zur Verfügung, denen die Filmindustrie eigentlich schon angeschlossen ist. Das ging mir neulich durch den Kopf, als ich eine Uebersetzung des Stoffes von „Mit Hebelberg“ ins Italienische, betitelt „Studentenliebe“, in den Kameradenzirkeln sah. Es ist viel Schmutz und Unmut in diesen Zirkeln, das in Italien, der weltberühmten Industriezentrale und Unterhaltungsstätte, nicht, und weil weniger bei jener internationalen Sentimentalität, die das Hebelberger Stoffe und Reichtümern so unerschöpflich macht. Jedenfalls ist das keine Ringen mit aus Italien nachzuholen, sondern es ist das italienische Land, das die besten Schauspieler, die besten Regisseure und die besten Techniker hat, die die besten Schauspieler, die besten Regisseure und die besten Techniker hat, die die besten Schauspieler, die besten Regisseure und die besten Techniker hat.

nicht genug wäre, verfolgt ein anderer amerikanischer Journalist die beiden, verbunden mit arabischen Sklavenhändlern. Die Nischengeographie hängt in New York mit einer Metropole aus einer Feuerbrunst an und endet mit der in aller Ehrbarkeit mitten im Urwald bei einem schwärzlichen Bazaristan vollzogener Tötung. Alle Journalisten in Amerika wie in Europa stellen hochbegeistert fest, daß die zu diesem kirchlichen Schritte zwischen den beiden Liebenden nicht, aber auch kein nichts passiert ist, auch nicht in direktester Nähe im Urwald. Amerikanische Schwärzlichkeit triumphiert aber nicht nur über die Ränke des Fleisches, sondern auch über die Barbarei des Himmels. Jener neidische Schuft, der die Expedition des „Verand“ bereicheln sollte, um den Sklavenhandel zu retten, wird zur Religion des Tages bekehrt und bestimmt sein verbrecherisches Treiben. Den armen Regierklaffen werden eigenhändig die Seiten abgenommen, und bei der Abfahrt nach Amerika gehen sie sich die neuesten Leinwandstücke von der Presse: jetzt wird es Zeit werden im dunklen Erdteil! Daher der Untertitel „Durch Nacht zum Licht“.

Es fürchte sehr, viele Zuschauer werden auf den Schwimmbad herabfallen und werden nicht daran denken, daß die arabischen Sklavenhändler, den den Europäern nur bewegen belästigt wurden, weil man das Geschäft selber in die Hand nehmen wollte. Das „Licht“, das über Afrika ausgeht nach 1871, heißt englisch-beriberische Kolonialwirtschaft mit all ihren Graueln und Schrecken. Dieser Film, der unzähliges Geld gelöst hat, zeigt nicht um seiner Naturwissenschaften bemerkenswert — die Szenen der arabischen Kultur sind der dümmsten Expedition, den die Kolonialisten ihren Nützlichkeit geglaubt hat, viel besser —, sondern als Propagandamittel größten Stils. Das amerikanische Pressekapital beansprucht die Erforschung Afrikas, die das den englischen und deutschen Gelehrten angeführt worden ist, für sich. Gleichzeitig aber spielt es sich als Befreier der Regierklaffen auf. Das ist die widerwärtigste Heuchelei, die sich vorstellen läßt, wenn man bedenkt, daß dieselbe Nacht die Regierklaffen, den Lande der Schwärzheit, mit unermesslichen Vermögenswerten unterdrückt. Man stellt sich diese Courtisane-Kolonien und Schwärzheit her, sondern sie sind hinterhältig und unheimlich. Die Propagandawelt des Filmes ist wegen seiner unermesslichen Reichtümer, ja Bekämpfung der Sinne, noch weit gefährlicher als die des gewöhnlichen Wortes.

Die ganz geistliche Konkurrenz für das deutsche Filmkapital ist die amerikanische Filmgroßindustrie. Charlie Chaplin, der überaus liebenswürdige, hat natürlich auch seine Nachfolger. Da ist vor allem „Er“ Harold Lloyd. Er kann sich nicht enthalten, die eigene Gestalt so zu entstellen, wie Skizzen es mit seiner hat. Er ist nicht er der elegante junge Mann, der Schatz der Frauen. Und trotz seiner guten Manieren verhält er in eine höfliche Unmoral, von der selbst Chaplin, der immer, lächelt Chaplin, nicht ganz fertigzubringen ist. Er ist ein Kind und dabei ein geistreiches Wesen. Es will unsere Zuschauer nicht entgehen, daß er mit gebrochenen Gliedern und mit dem Rücken in eine Höhe steigt: Gedächtnis, die im Rückblick ist, an das ewige Ende eines Lebensweges, der ohne Gelächter ist, unerschöpflich läßt, Kappeler Mannchen, die

kaum kriechen können, in einer Turnhalle herumhebt, einem Patienten seinen verbundenen Fuß durch eine weggenommene Zigarette in Brand setzt, daß der Armste in Todesangst auf einem Stuhl herumhüpft. Für diese Sorte „Humor“ hat unsereiner kein Verständnis.

Dafür sind unsere Filmkritiker hilflos dumm und phantastisch. Hat einmal jemand einen guten Einfall, sofort wird er von einem talentlosen Platsch kopiert und — umgebracht. Ernst Lubitsch, unser geistreichster Filmregisseur, der Reinhardt des Filmes sozusagen, der den deutschen Staub von den Füßen geschüttelt hat und nach Kalifornien ausgemacht ist, wo „die Filmstadt“ steht — dieser Ernst Lubitsch hatte eine ergötliche Bauernkomödie ausgehebt: „Roméo und Julia im Schnee“. Gleich kommt einer auf den Einfall, die „Meisterfinger“ im Schnee und in modern-bäuerlicher Umgebung aufzuführen. Die Festspiele wird zum Sprunghügel, Boaner zum „Pöbner“, Stolz zum „Eisling“, Sods zum „Mads“ — ein Wunder, daß Bedmeßer nur in „Weltmeister“ verwandelt worden ist und nicht in Bettu.... Kurzum, diese „Meisterfinger von Nürnberg“, die Zug für Zug ihr Vorbild parodieren, ist so ungefähr das Verunglückteste, was sich an Filmkomik denken läßt. Es fehlt bloß noch, daß die Kapelle die Wagnerische Musik dazu intonierte. Nebenbei gesagt, die Kapellen in den großen Lichtspielhäusern klingen neuerdings verächtlich dünn, wenigstens in den führenden Instrumenten — sollte hier etwa abgebaut werden?!

Zum Schluß noch ein Wort über den russischen Film. Der erste, der mir zu Gesicht kam, „Pater Sergius“, nach dem Roman von Tolstoi, behandelte einen unaccinierten Stoff. Die Geschichte des jungen Aristokraten, der der Welt entsagt und als Asket und schließlich als Raabund endet, zerfließt, läßt allzu sehr jene straffe Führung der Handlung vermissen, ohne die kein guter Film bestehen kann. Dafür wird aber jetzt im „Juli“ einer gezeigt, der sich gleichfalls auf eine Erzählung von Tolstoi gründet, „Polikuschka“, der geradezu als das Muster eines dramatischen Filmes angebrochen werden kann. Die Geschichte des Leibeigenen, jenes ganz primitiven Kerls, der auf der ärmlichen Stufe des Landes Neugeborenen ist und halb im Iran in sein Unglück hineingeworfen — eine Geschichte, die sich auf dem Gute der Familie Tolstoi zugetragen hatte —, wird so knapp hingekritzelt wie eine Kinderzeichnung oder ein urweltliches Höhlengemälde. Die Regie trägt Stanislawski's Gebrüde, die Mitspielenden sind Schauspieler vom Moskauer Künstlertheater. Sie haben frierend und hungernd diese Brachleistungs ermächtigt, die sich nicht beschreiben läßt. In Deutschland ist man schon zufrieden, wenn eine Lu Dagover sieben verschiedene Toiletten zeigt. ...

Laut in Ostland. Auf Einladung des „Saagische Kunstling“ sowie des „Kunstling“ in Ulrich wird Bruno Laut am 22. September einen Vortrag im Saag und am 26. September einen Vortrag im Ulrich über seine architektonischen Anschauungen mit besonderer Darstellung der Regesburger Aufgaben halten. Im Hause des Saagischen Kunstling findet gleichzeitig eine Ausstellung seiner Arbeiten vom 22. September bis 1. Oktober statt.

Beamtenfreunde.

Die Beamtenschaft des Dresdner Postamts hatte sich auf Empfehlung hin wegen Lieferung von Herbstkartoffeln für das Personal an Frau Gräfin v. Pfeil in Adelsdorf bei Gannau in Schlesien gewandt. Auf die höfliche Anfrage gab die Frau Gräfin, die eifriges Vorstandsmitglied der Deutschen Nationalen ist, persönlich folgende Antwort:

Infolge der hohen Goldsteuern sind wir nicht in der Lage, größere Posten auf einmal zu verkaufen. Wir müssen vielmehr ratenweise die Mengen abgeben, um bei der großen Gelbentwertung auch nur einigermaßen den Betrieb aufrechtzuerhalten! Ferner werden Kartoffeln aber sofort abgegeben (d. h. Ende September) gegen Kohle oder Stroh. — Nicht nach Geldpreiszuschlägen, sondern nach Zentnerzahl! Sollten Sie in der Lage sein, Kohlen zu liefern, so bin ich gern bereit, Kartoffeln Ihnen dafür zu geben und erbitte Ihre Vorschläge. Ergebenst Gräfin v. Pfeil.

Hierauf ist der großen Volksfreundin die einzig richtige Antwort erteilt worden:

Da die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Postamts gleich den übrigen Arbeitnehmergruppen schon seit Jahren erhebliche Steuersummen im voraus mit vollwertigem Geld entrichtet haben, waren sie leider nicht in der Lage, Gelder zum Ankauf von Kohlen und Stroh zurückzugeben. Den Beamten stehen daher weder Kohlen noch Strohposten zur Abgabe an die Landwirtschaft zur Verfügung. Falls Sie aber trotzdem auf die Lieferung dieser Substanzen bestehen, so möchten wir Sie bitten, sich an die kapitalkräftigen Kreise zu wenden, die bisher ihre väterländische Pflicht zur Stärkung der Staatsfinanzen ohne Rücksicht auf die Not der schaffenden Kreise nicht erfüllt haben.

Für die Zukunft verbitten wir uns ganz entschiedene Demütigungen und Provolationen, wie sie in Ihrem letzten Schreiben enthalten sind.

Bei weitem mangelndem sozialen Verständnis steht zu befürchten, daß die bei uns bereits seit Jahren bestehende Notgangslage auch Ihre werden wird.

Wenn die Beamten, Angestellten und Arbeiter aus diesem für die bestehende Klasse typischen Verhalten noch immer nicht erkennen, daß sie als heilloslose Masse nur Ausbeutungssubjekte dieser Klasse sind, dann ist ihnen nicht zu helfen. —

Blutige Zusammenstöße.

In Sorau ist es am Sonnabend zu blutigen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Schutzpolizei gekommen, wobei leider wieder zwölf Menschen ihr Leben lassen mußten.

Der „Antliche Preussische Pressedienst“ heißt dazu mit:

Am Freitag den 14. September hatten größere Krupps bereits in den Geschäften gewaltig die Preise für Lebensmittel bis auf ein Viertel der Einkaufspreise herabgesetzt. Infolge dieser Ereignisse erbat der Landrat die Entsendung von Schutzpolizei, die am Sonnabend früh eintraf. In der Zwischenzeit, am Freitagabend, fand eine Versammlung der geschädigten Geschäftseigenen statt, die bereits von Posten der Demonstranten umstellt war, und deren Teilnehmer, darunter der Landrat und der Bürgermeister, auf dem Heimweg belästigt wurden. Sofort nach dem Erscheinen der Schutzpolizei am Sonnabend früh rotteten sich zunächst in den Straßen und nachher auf dem Markt erhebliche Menschenmengen zusammen, die mit vorgetragener Waffe versehen wurden. Bei einigen Festgenommenen wurden Pistolen, Dolche und Schlagringe gefunden.

Am Sonnabend nachmittag fand eine große Arbeiter-Versammlung statt, in der die Gewerkschaftsführer mit aller Anstrengung, aber leider vergeblich, die Teilnehmer zu beruhigen und von unüberlegten Schritten abzuhalten suchten. Im Gegensatz zu ihren Bemühungen aber wurde im Sinne einiger radikaler Antragsteller ein Demonstrationszug beschlossen, der nach dem Marktplatz zog, der in Kürze mit Tausenden erregter Menschen angefüllt war. Die auf dem Marktplatz zum Schutze des Rathauses aufgestellte Schutzpolizei wurde sofort von der aufgeregten Menge angegriffen und konnte sich ihrer nur mit Mühe entziehen. Dem Führer der Schutzpolizei, einem Polizeihauptmann, wurde der Tisch vom Kopfe geschlagen, einem andern Beamten versuchte man die Pistole zu entreißen usw.

Als die Lage immer bedrohlicher wurde, forderte der Polizeihauptmann viermal hintereinander die Menge zum Zurückgehen und zur Räumung des Platzes auf. Diese Aufforderungen waren leider erfolglos, so daß schließlich ein Teil der Beamten, etwa zehn Mann, den Befehl zum Feuern erhielt. Als auch hierauf die Menge den Platz nicht räumte, erhielt ein anderer Teil der Beamten Feuerbefehl. Jetzt erst fluteten die Massen zurück, zehn Tote blieben auf dem Platze, zwei Verwundete sind später noch gestorben, außerdem sind noch vierzehn Personen verletzt.

Nach den Erklärungen des zuständigen Landrats hat sich die Schutzpolizei in jeder Hinsicht einwandfrei verhalten und der Polizeihauptmann hat das Kommando zum Feuern erst dann gegeben, als die verschärfte Situation eine andre Lösung nicht mehr zuließ. Dem entgegen berichten Augenzeugen, daß fast das Blutbad bei etwas weniger Nervosität der Schutzpolizei hätte vermieden lassen.

Auch in Borsach im Kreisgaur hat es bei einem Zusammenstoß zwischen Demonstranten und Schutzpolizei am Montag einen Toten und acht Verwundete gegeben. Der Zusammenstoß ereignete sich, als die Demonstranten versuchten, Verhaftete zu befreien und dabei den Drahtzaun, den die Schutzpolizei vor dem Bezirksgebäude angelegt hatte, durchbrachen. Gegenwärtig herrscht in Borsach wieder Ruhe. In anderen Orten des Riesentals, wo die Arbeit ruht, sind Ausschreitungen nicht vorgekommen. —

Die Arbeitslage in der Metallindustrie.

Die Arbeitslage in der Metallindustrie gestaltete sich in der Zeit vom 26. August bis 1. September nach den Erhebungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes folgendermaßen: Von 1886 126 erfassten Arbeitern waren 1381 750 = 73,2 vom Hundert (in der Vorwoche 82,1 v. H.) Kollarbeiter, 362 088 = 20,3 v. H. (13,2 v. H.) Kurzarbeiter und 132 324 = 6,5 v. H. (4,7 v. H.) Arbeitslose. Die von der Kurzarbeit betroffenen Arbeiter verteilten sich wie folgt: bis 8 Stunden 21,5 (20,0) v. H., 9 bis 16 Stunden 37,7 (25,1) v. H., 17 bis 24 Stunden 35,5 (41,4) v. H., 25 und mehr Stunden 15,3 (15,3) vom Hundert.

Die Arbeitslage verschlechterte sich gegenüber der Vorwoche wesentlich. Sank doch die Zahl der Kollarbeiter von 82,1 auf 73,2 v. H. In 13 Bezirken ist eine Abnahme der Kollarbeiter zu verzeichnen, unter anderem in den Bezirken Stuttgart von 37,2 auf 33,8 v. H., Hagen von 68,7 auf 44,1 v. H., Dresden von 80,7 auf 67,3 v. H., und Breslau von 94,4 auf 83,3 v. H. Entsprechend der Abnahme der Kollarbeiter stieg die Zahl der Kurzarbeiter von 13,2 auf 20,3 v. H. Am höchsten ist die Zahl der Kurzarbeiter in den Bezirken Köln (48,2 v. H.), Stuttgart (35,2 v. H.), Hagen (32,3 v. H.), Halle (29,4 v. H.) und Dresden (28,7 v. H.).

Die Zahl der kurzarbeitenden Betriebe stieg in der Berichtswoche von 2119 auf 3716. Die Zahl der Arbeitslosen war am höchsten in den Bezirken Hagen (23,6 v. H.) und Köln (16,3 v. H.), die die übrigen Bezirke weit hinter sich lassen. Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder beträgt in der Berichtswoche 6,6 v. H. (5,2 v. H.).

Meldungen von der Ruhr.

Befestigungen.

Die Franzosen besetzten neu die Bahnhöfe Merne und Breußen mit den dazugehörigen Zechen Gneiffenau und Breußen. Ferner wurde in Stoppenberg die Zeche Zollverein Schacht 6 besetzt. —

Gefährliche Grenzüberschreitung.

Nach einer Meldung des Pariser „Lemps“ ist in der Nacht zum 16. September in der Nähe von Plerbed ein Deutscher von einem französischen Posten schwer verletzt und seine drei Begleiter festgenommen worden. Angeblich sollen die Deutschen die Grenze der besetzten Zone zu überschreiten versucht haben und beim Anruf des Grenzpostens nicht stehengeblieben sein. —

Folgen deutschvölkischer Verhetzung.

Raum ist die als Antwort auf die unfruchtigen Attentate deutschvölkischer Elemente über das Ruhrgebiet verhängte solche Unruhmomente gemeldet. Der kommandierende General des Briidentropfes Duisburg teilte der Stadtverwaltung mit, daß „wieder mehrere Attentate auf Besatzungsangehörige unternommen worden seien, und zwar 1. am 8. September Schüsse auf eine Wache in der Nähe des Bahnhofs Hoffeld, 2. am 9. September soll aus dem Personenzug Duisburg-Essen auf einen Wachtposten auf der Eisenbahnstrecke in der Nähe von Düßern ein Revolvergeschuß abgegeben worden sein, 3. am 10. September ist an der Ober-Meiderichstraße ein Sabotageakt versucht worden. Der General fordert von der Stadtverwaltung, daß sie Maßnahmen ergreife, um die Wiederholung solcher Vorfälle zu verhindern. —

Zwei Tote in Dortmund.

Wolffs Telegraphenbureau meldet aus Dortmund: Sonnabend mittag versuchten 3000 bis 4000 Arbeiter in das Verwaltungsgebäude der Dortmunder Union (Deutscher-Rugener) einzudringen, um die Auszahlung von Geldern zu erzwingen, obwohl Direktion und Betriebsrat sich zur Auszahlung auf Montag geeinigt hatten. Die durch Steinwürfe bedrohte Polizei machte von der Waffe Gebrauch. Zwei Personen wurden getötet, mehrere verletzt. Rundgebungen von Erwerbslosen verließen in der Stadt ruhig, nachdem es der Polizei gelungen war, die Demonstrantenzüge von den Zugängen zum Rathaus abzuwandern. —

Verhaftungen in Raugel.

Am Sonnabend morgen wurden die Vergleute, die sich in französische Dienste begeben haben, gelöhnt, und zwar mit bereits entwertetem und aus dem Verkehr gezogenem Notgeld. Die Kaufleute der Stadt weigerten sich, das Geld anzunehmen. Nach erfolglosen Drohungen durch die Franzosen wurde ein großer Teil der Kaufmannschaft in Raugel verhaftet, außerdem mehrere Zechenbeamte. —

Dollar **150 000 000**
Montag 131 869 000
Dienstag amtlich
Beste Kurs in New York 153 846 000 W.

Verbandsstag der Landarbeiter.

Magdeburg, 17. September.

Montag vormittag 9½ Uhr wurde im „Majestätengarten“ die 2. Generalversammlung des Deutschen Landarbeiterverbandes eröffnet. Verbandsvorsitzender Georg Schmidt jagte in seiner Eröffnungsansprache unter anderem: Der diesmaligen Tagung des Deutschen Landarbeiterverbandes kommt eine ganz besondere Bedeutung zu. Es gilt nicht nur, dem deutschen Landproletariat die seinem Verfall in der jetzigen kritischen Zeit zufallenden Aufgaben zum Bewußtsein zu bringen, sondern vor allem zu erörtern, was geschehen muß, der besonderen Schwierigkeiten ausgehender Organisation den weitem Galt zu verschaffen. Der Galt der Organisation muß verbürgt werden, will das deutsche Landproletariat nicht seinen stärksten Stützpunkt in seinem Befreiungskampf verlieren.

Der Eröffnungsansprache folgten die üblichen Begrüßungsreden. Von den Vertretern der Reichsregierung wurde die Notwendigkeit der landwirtschaftlichen Produktionssteigerung mit besonderem Nachdruck hervorgehoben, hierbei aber betont, daß sie nur garantiert erscheint, wenn alles geschieht, reibungslos unter Beachtung des Leistungsprinzips die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erzielen.

Der Kongreß trat hierauf in die eigentliche Tagesordnung ein und behandelte als ersten Punkt den Geschäftsbericht des Verbandsvorstandes. Der Bericht des Vorstandes liegt gedruckt vor, wir haben die Zahlen schon gedruckt.

In finanzieller Beziehung

muß gegen die Mitglieder des Deutschen Landarbeiterverbandes die Anklage erhoben werden, ihre Verpflichtungen der Organisation gegenüber nicht erfüllt zu haben. Mit völlig unzulänglichen Beiträgen glaubten viele Kreise der Mitgliedschaft die Organisation in einer Zeit schwerster Finanznotlage abfinden zu können. Maßgebend hierfür ist in erster Linie das ausgeprägte egoistische Gefühl der Landarbeiter. Sie sehen in der Organisation nicht das Mittel, für den sozialistischen Befreiungskampf zu wirken, sondern glauben sie nur mit einer Subventionenmaschine vergleichen zu müssen.

Die Organisation glaubt für die verfloßene Verzichtszustand das Recht für sich in Anspruch nehmen zu dürfen, dazu beigetragen zu haben, von der deutschen Landwirtschaft tiefergehende Erschütterungen des Wirtschaftslebens abgewehrt zu haben.

Nach Abschluß der 2. Generalversammlung wurde die Reichsarbeitsgemeinschaft

land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen gegründet. Wir haben uns an dieser Gründung beteiligt. Die Beteiligung erfolgte nicht des eigenen Namens wegen, sondern deshalb, um dem Bewußtsein heraus, alles aufbieten zu müssen, Wirtschaftskämpfe in der Landwirtschaft zu vermeiden. Wir wünschten in der Reichsarbeitsgemeinschaft den Boden zu finden, auf dem die konsequente Fortführung der Sozialpolitik erfolgen soll. Die Arbeitgeber haben den Begriff der Arbeitsgemeinschaft anders verstanden. Sie glauben in ihrem Rahmen den Gedanken einer einheitlichen Sozialpolitik fördern zu müssen. Sie wollen die Landarbeiter von dem Junkerproletariat trennen und damit einen Keil in die Reihen der deutschen Arbeiterbewegung treiben. Eine solche Politik können wir nicht. Ferner ist die Arbeitsgemeinschaft nicht auf die eigentlichen Angelegenheiten der Landarbeiterorganisationen zu richten.

Hand erschüttert. Die deutschen landwirtschaftlichen Arbeiter müssen begreifen, daß wir in Deutschland eine revolutionäre Wägung hatten und das deutsche Landproletariat nicht gewillt ist, sich in das alte Herrschaftsjoch hineinzukriechen zu lassen.

Gegen die Technische Nothilfe

In ihrer heutigen Aufmachung haben wir die stärksten Bedenken. Uns ist bekannt, daß die Einsetzung der Nothilfe nur in Fällen dringenden Notstandes erfolgen soll. Diese Verpflegung kann aber nicht so weit führen, daß sich die technische Nothilfe als ausgesprochene Streifenorganisation betätigt und somit dazu beiträgt, das Koalitionsrecht der Landarbeiter zu sabotieren. Von der Regierung muß verlangt werden, endlich dazu überzugehen, klar und deutlich aufzugeben, was sie als Notstandsarbeiten in der Landwirtschaft angesehen wissen will.

Die Landarbeiterfreundlichkeit der Kommunisten ist in ihrem wahnwitzigen Kampfe gegen den Verband der Landorganisationen und ihren Führern wider. Bisher heute wie morgen würden sie sehen, daß die Geschlossenheit der Bewegung vernichtet wird, weil sie genau wissen, nur hierdurch die ungehemmte Betätigungsmöglichkeit im Sinn ihrer wahnwitzigen Parole zu haben.

ein erfreuliches Ereignis

der letzten Zeit ist die Gründung zahlreicher sozialdemokratischer Organe für die Landbevölkerung zu buchen. Sie sind unserer Organisation eine beachtenswerte Stütze und tragen wesentlich dazu bei, ihren Einfluß in der ländlichen Arbeiterbewegung zu erweitern.

Mit dem Verband der Gärtner und dem Verband der Schweizer unterhalten wir die innigsten Verbindungen. Es wird nur noch eine Frage der Zeit sein dürfen, um mit ihnen zu einem Zusammenschluß zu kommen. Kein Interesse der Organisation darf und größer sein als die Zusammenfassung aller mit der Landwirtschaft verbundenen Arbeiterschichten. Eine große und geschlossene freigewerkschaftliche Landarbeiterbewegung ist der wirkungsvollste Rückhalt für die deutsche Republik. (Beib. Weßfall.)

Der Hauptkassierer Wolb ist einen Ueberblick über die Finanzlage seit der letzten Generalversammlung.

In der Aussprache wird die Tätigkeit des Verbandsvorstandes bis auf geringe Ausstellungen gutgeheißen. Folgender Antrag wird einstimmig angenommen:

Die Generalversammlung dankt dem Gesamtvorstand für seine Tätigkeit und spricht ihm das Vertrauen aus.

Die Beratungen werden auf Dienstag vertagt. —

Notizen.

Kampf mit Hiltlerleuten. Die von dem Hiltleritag in Hof zurückkehrenden teilweise bewaffneten Plauener Reaktionsäre wollten am Sonntagabend im Triumphzug durch Plauen ziehen. Als sie von einem Teile der Plauener proletarischen Arbeiterorganisation aufgefordert wurden, den Zug aufzulassen, gaben sie das Signal zum Angriff. Schüsse fielen aus den Händen der Hiltlerleute und Schüsse regneten auf den Selbstschutz nieder. Trotz einiger blutiger Verluste (Schuß- und Hiebverletzungen) ging die Arbeiterorganisation vor und trieb die Hiltlerleute auf den Vorplatz des Rathauses zurück. Mit Hilfe von Landespolizei wurde eine Durchsuchung nach Waffen vorgenommen und der allmähliche Abzug der Hiltlerleute bewerkstelligt. Auch die Fahrgäste der später von Hof kommenden Züge wurden kontrolliert. Das ging ziemlich ruhig vonstatten. Zusammen ein reichliches Ärgernis. Verletzt ist wohl ein Beweis dafür, daß die Plauener Arbeiterbewegung bereit ist, den Einfall Baherns nach Sachsen auf jeden Fall zu verhindern. —

Anlage im Pariser Nord. Die Erhebungen in der Nordische Rarhim sind so weit gediehen, daß mit der Anberaumung der Hauptverhandlung vor dem Staatsgerichtshof demnächst zu rechnen ist. Von den unter dem Verdacht der Beteiligung in Haft genommenen Personen sind jetzt zwei, der Leutnant A. Köpfe aus Berlin-Steglitz und von Lettenborn aus Breslau, wieder auf freien Fuß gesetzt worden, da ihnen keine strafbare Handlung nachgewiesen werden konnte. Dagegen ist gegen die vier Haupttäter die Anlage wegen Mordes und gegen die übrigen Beteiligten von Mackensen, Friede, Richter und Bernhardt wegen Mordbegünstigung erhoben worden. Als weiterer Beteiligter an diesem Mord kommt noch ein Deutsch-Walte namens Louis of Menner in Frage, dessen man noch nicht habhaft werden konnte. Wie erst jetzt bekannt wird, ist auf Veranlassung des Untersuchungsrichters beim Staatsgerichtshof die Leiche des Ermordeten Gladow nochmals einer gerichtsarztlichen Untersuchung unterzogen worden, wobei man die neue Feststellung gemacht hat, daß die letzten tödlichen Schußverletzungen von hinten aus unmittelbarer Nähe auf das unglückliche Opfer abgegeben worden sind. —

Espaniens Militärstruktur. Primo de Rivera hat seine Militärregierung, bestehend aus neun Generalen und einem Konteradmiral, gebildet und einige hohe Zivilbeamte zu Staatssekretären ernannt. Das Parlament ist durch königliches Dekret aufgelöst. Die liberale Partei, gegen die sich der Aufstand richtete, hält Besprechungen ab, in denen haben sich ihre Führer in Katalonien bereits unterworfen. Der bisherige Außenminister Alba, der nach Frankreich geflüchtet ist, soll sich am Marokko-Unternehmen sowie am Zabatmonopol ungeheuer bereichert haben; ihm und andern soll deshalb der Prozeß gemacht werden. Der neue Diktator erklärte, er würde gegen die Arbeiterorganisationen nicht vorgehen, wenn sie sich anhaften! (1). Inzwischen sind Gewerkschaftsführer, die von der Polizei gejagt werden, geflüchtet. —

Depeschen.

Aufstand in Palästina.

Ab. London, 18. September. Reuter meldet aus Jerusalem, daß die Aufständischen, die Ammon am Sonntag umzingelt und die Telefon- und die Telegraphenleitungen abgeschnitten hatten, nach scharfem Kampfe zurückgeschlagen und unter Zurücklassung von 82 Toten in südlicher Richtung geflohen sind. Eine weitere Meldung aus Jerusalem besagt: Der Aufstand in Transjordanien ist durch die Truppen Abdullas unterdrückt worden. —

Salwin in Paris.

Ab. Lizles-Bains, 18. September. Der englische Premierminister Salwin wird heute mittag nach Paris abreisen. Der englische Botschafter in Paris Lord Salwin und Poincaré zu einem Frühstück ein. —

Stroffener.

Ab. San Francisco, 18. September. In Berkeley in Kalifornien geschürte eine Feuersbrunst Hunderte von Häusern, darunter die Univerisität. Das Feuer bedroht das Geschäftsviertel. —

Mitteilungen aus der Buchhandlung Volkstimme.

Verkaufspreis gleich Grundpreis x Schlußzahl der Buchbänder x St. 14 000 000

Zur Abholung liegen bereit:

Volksstimme und Arbeiter-Zeitung Nr. 5, Grundpreis 0,20 RM
Volksstimme und Arbeiter-Zeitung Nr. 15, Grundpreis 0,20 RM
Volksstimme und Arbeiter-Zeitung Nr. 5, Grundpreis 0,20 RM
Volksstimme und Arbeiter-Zeitung Nr. 21, Grundpreis 0,05 RM
Der Lehrmeister in der Buchdruckerei, Grundpreis 0,10 RM
Die Arbeiter-Zeitung, Monatsheft des Deutschen Vereins für werkschützende Zwecke, Grundpreis 0,10 RM
Der Arbeiter, Monatsheft für Gewerkschaften, Grundpreis 0,10 RM

Theaterstoffe.

Volksstimme und Arbeiter-Zeitung Nr. 1 und 3 bis 6 Hft.
Schlüssel zu den Pflichtvorstellungen der Volkstimme zum Preis von 1,00 RM
Kongreß der Reichsarbeitsgemeinschaft am 25. September in der Reichshalle, Grundpreis 0,10 RM
Kongreß der Reichsarbeitsgemeinschaft am 25. September in der Reichshalle, Grundpreis 0,10 RM

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 19. September 1923.

Russische Preise.

Deutschland ist heute das teuerste Land der Welt geworden, und seine Arbeiter, Angestellten- und Beamtenchaft wird mit Löhnen und Gehältern abgepreist, die weit unter dem Friedensstand liegen.

Wer in den letzten Tagen die Preisstafeln studiert hat oder die Notierungen auf dem Fleisch- und Gemüsemarkt der Stadt nicht mehr über die Millionenpreise in Rußland. Wieder sind die Fleisch- und Wurstprieße durchweg um 100 Prozent und mehr gestiegen.

Die neuen Eisenbahnfahrpreise.

Gültig ab 18. September. Multiplikator: 9 000 000.

Table with 4 columns: I. Kl., II. Kl., III. Kl., IV. Kl. and rows for Grundzahl je Kilometer, Schnelzug, Zugschlag, Platzkarte, Bettkarte, etc.

Nach einmal der Notgeld-Mißstand. Viele Arbeiter und Angestellte haben bei Lohn- und Gehalts-Abzugszahlungen wieder Notgeld der verschiedensten Firmen Magdeburgs erhalten.

15. September angegeben haben, und nach den Vorständen hinauszuwählen hätten sie keine Zeit; 3. verlangen die Banken für Auswecheln des Firmen-Notgeldes 10 Prozent Abzug.

Vereinigte sozialdemokratische Partei.

Große Funktionärsitzung Freitag den 21. September, abends 7 1/2 Uhr, in Friedrichs Festhallen, Adelsheidring.

An der Bannerweihe des Bezirks Rudau am kommenden Sonntag im „Klosterberggarten“ beteiligen sich auch die Mitglieder der übrigen Bezirke.

Einführung der freien Zuckerwirtschaft. Wie die „Expreskorrespondenz“ erfährt, hat das Reichskabinett einem Gesetzentwurf des Reichsernährungsministers zugestimmt.

Neue Briefmarken. Infolge der neuen Portoerhöhungen ist eine ganze Anzahl von Markenwerten neu hergestellt worden.

Sein 50jähriges Jubiläum feierte am 6. September der Ortsverein Magdeburg der deutschen Buchdrucker.

Die Lohnverhandlungen in der Holzindustrie gestalten sich immer schwieriger. Die Arbeitslosigkeit schreitet mit Riesenschritt voran.

Baustilllegung und Wohnungsbaubehaltung. Vom Bauwerksbund wird uns geschrieben: Das Wohnungsprogramm der Stadt Magdeburg ist in diesem Jahre reichlich spät herausgekommen.

Sachsenbahn-Tarif. Infolge Steigerung aller Betriebskosten erfährt der Sachsenbahn-Tarif ab 19. September d. J. eine weitere Erhöhung.

Ein Lichtbildervortrag für Frauen wird am 20. September, abends 8 Uhr, im Saale der „Freundschaft“.

Kleidermesse der Mittelstandsfürsorge. Die Mittelstandsfürsorge beabsichtigt wieder, wie im Frühjahr, eine Kleidermesse einzurichten.

Mittels Einbruch sind in der Nacht zum 18. d. M. aus einem Geschäft am Breiten Weg schwarze Tuch-, blaue Cheviot-, grüne Lobenstoffe, Kleiderstoffe und Barquent.

Berichtigung. Die in der Mittwochnummer mitgeteilten Erwerbslosenfälle gelten für die Zeit vom 12. bis 18. September, nicht vom 4. bis 10. September.

Sozialistischer Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg.

Besprechungs-Mitte: Am Donnerstag abend 1/8 Uhr Zusammenkunft Große Ringstraße 3.

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Stadttheater. Wochenplan. Donnerstag (2. Abend): Zar und Zimmermann. Freitag (3. Abend): Der Widerspenstigen Zähmung.

Die mißbrauchten Liebesbriefe.

Erzählung von Gottfried Keller.

(6. Fortsetzung.)

In einer Nachschrift bemerkte Wigg: „Ich habe mit Vergnügen gesehen, daß Spuren von bezagossenen Tränen zwischen Deinen Zeilen zu sehen sind.“

zusahalten, um ihn nicht zu sehen, und wenn sie ihn auf der Straße etwa traf, wagte er seinerseits nicht sie anzusehen.

Der Brief fing an, „wenn sich zwei Sterne küssen“ uff. Er besah die Handschrift genauer, es war die seiner Frau.

(Fortsetzung folgt.)

